

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 30 (1989)
Heft: 8

Artikel: Zwischenbilanzen für das Zeitbild : Reformen in der Sowjetunion periodisch quantifiziert
Autor: Courten, Harald de / Brügger, Christian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093651>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zwischenbilanzen für das Zeitbild

Mit dieser Nummer führen wir eine neue Rubrik ein. Hier fasst Harald de Courten periodisch Recherchen von SOI-Mitarbeitern bezüglich der sowjetischen Reformen zusammen. cb

Die Perestrojka, die Umgestaltung in der Sowjetunion, umfasst vielschichtige Veränderungen, die oft nicht in die gleiche Richtung weisen. Sie können von oben oder von unten kommen, sie können Fortschritte oder Rückschritte bedeuten. Sie können dem einen oder dem andern Zweck dienen.

Gibt es eine Möglichkeit, das alles sozusagen zusammenzuzählen, um den jeweiligen Stand der laufenden Entwicklung aufzuzeigen? Darüber haben wir uns im Schweizerischen Ost-Institut Gedanken gemacht, und seit letzten Herbst läuft SOI-intern ein Versuch, an dessen Ergebnissen wir jetzt auch unsere Zeitbild-Leser teilhaben lassen wollen: Fachmitarbeiter registrieren jede Woche in der Sowjetunion zutage tretende Veränderungen – am Rande auch solche in andern sozialistischen Staaten – in den verschiedenen Bereichen und ordnen sie nach einem bestimmten Bewertungsschema. So entsteht eine quantitativ gemessene Zwischenbilanz,

die sich wiederum zu Trendmeldungen zusammenfassen lässt.

Diese Untersuchung ist freiwilligen (und unfreiwilligen) Beschränkungen unterworfen: Sie bewertet *nicht die Perestrojka* mit ihren Beliebigkeiten schlechthin, sondern die verfügbaren und die zugelassenen *Reformen*, also das, was man den steuerbaren Reformkurs nennen könnte. Das bedeutet keine Unterstellung seiner alleinigen Massgeblichkeit und keine Leugnung sonstiger Veränderungskräfte, wohl aber ein Hilfsmittel zur Beantwortung der gegenwärtig laufenden Frage: «Was tut die sowjetische Führung?»

Wünschenswert wäre eine Antwort auf die umfassendere Frage: «Was *will* die sowjetische Führung letztlich?» Dies zu ergründen dürfte jedoch noch sehr viel Zeit beanspruchen, ganz abgesehen davon, dass sich diese Absicht, sei es von innen her, je nachdem aber auch von aussen her verursacht, möglicherweise gar nicht verwirklichen lässt.

Zwischenziele, wie zum Beispiel das bestehende System vor allem in Wirtschaft und Verwaltung effizienter zu machen, lassen sich wohl leichter erkennen als das «wozu»,

das als endgültiges Ziel hinter allen Massnahmen steht.

Die Kriterien oder Gebiete «Rationalisierung», «Liberalisierung» und «Demokratisierung»

Vorläufig beschränken wir uns darauf, von hoher oder sonst einflussreicher Stelle verfügte oder zugelassene und politisch massgebliche Veränderungen während der Ära Gorbatschow in eines, höchstens aber in zwei der Gebiete *Rationalisierung*, *Liberalisierung* oder *Demokratisierung* einzuordnen. Festgehalten werden also nur bewertungstaugliche Indizien, was das Vorkommen anderer Indizien keineswegs ausschliesst.

Dies zu tun heisst Verlassen aller gefühlsmässigen Beurteilungen, heisst Hintanstellung allen persönlichen Wunschdenkens, aller optimistischen und pessimistischen Regungen, heisst an deren Stelle aber, eine mühevoll Kleinarbeit auf sich zu nehmen, nämlich vorerst möglichst viele einzelne Reformelemente, seien sie nun *Fortschritte* oder *Rückschritte*, nach den drei genannten Gebieten aufzugliedern, um durch eine permanente Quantifizierung mit der Zeit ein zuverlässigeres Bild über die sowjetisch gehandhabte Reformpolitik zu gewinnen.

Zu den drei Kriterien im einzelnen

Die Begriffe «Rationalisierung», «Liberalisierung» und «Demokratisierung» sind soweit allgemeinverständlich. Ein Ermessensspielraum bleibt jedoch unweigerlich erhalten. So haben wir die gewählten Ausdrücke zur Einschränkung interpretatorischer Willkür für unsere besonderen Belange näher definiert:

Rationalisierung bedeutet die Einführung von Massnahmen, mit welchen eine *Verbesserung des Verhältnisses zwischen Aufwand und Nutzen* angestrebt oder erbracht wird.

Die Verschlechterung dieses Verhältnisses wird einem Rückschritt in der Rationalisierung gleichgesetzt.

Liberalisierung bedeutet die Einführung oder Duldung von Massnahmen, mit welchen den einzelnen Bürgern oder deren Organisationen in politischen Belangen *vermehrte Meinungsäusserungsfreiheit und/oder Handlungsfreiheit* gewährt werden oder sich ergeben.

Reformen in der Sowjetunion		
Zeitabschnitt	Anteil der fortschrittlichen Reformen	Anteil der Rückschritte
	am Total der Reformen	
im Monat März allein	78 %	22 %
seit Beginn der Analyse	79 %	21 %

– Die meisten Fortschritte, allerdings auch die meisten Rückschritte, konnte man auf dem Gebiet der Liberalisierung im Bereich der Menschenrechte feststellen. Als Rückschritt sind zum Beispiel erneute Reisebeschränkungen im Baltikum zu erwähnen, was einer Bremsung seitens Moskaus der sonst eher positiven Entwicklung in diesem Gebiet gleichkommt. Gesamthaft gesehen, liegt immerhin ein starkes Übergewicht bei den Fortschritten, auch bei den Menschenrechten.

– Keine spürbare Bewegung konnte seit Beginn der Analyse im Bereich der Dritte-Welt-Politik festgestellt werden, und zwar weder auf dem Gebiet der Rationalisierung noch auf denen der Liberalisierung und Demokratisierung. Diese Bemerkung gilt allerdings nicht für gewisse aussereuropäische kommunistische Länder: Dort waren und sind Bestrebungen der Sowjetunion in Richtung Rationalisierung der Beziehungen festzustellen, so zum Beispiel der Abzug von sowjetischen Truppen aus der Mongolei und viele Belange erfassende Verbesserungen des Verhältnisses zur Volksrepublik China.

Zusammenstellung: Harald de Courten

Einschränkung oder Entzug dieser Freiheiten werden einem Rückschritt in der Liberalisierung gleichgesetzt.

Demokratisierung bedeutet die *Übertragung von wirklichen Entscheidungsbefugnissen* in politischen Belangen an die einzelnen Bürger oder deren Organisationen.

Hiezu der Deutlichkeit halber noch ein kurzer Kommentar:

Eine bloss Forderung von Demokratisierungsmassnahmen oder gar nur deren Diskussion – selbst auf hoher Stufe geussert – ist noch keine solche Massnahme: Da die Forderung auch abgelehnt werden kann, wird sie erst aufgrund ihrer tatsächlichen Verwirklichung zur Demokratisierungsmassnahme.

Hingegen werden früher auf die eine oder andere Weise geahndete, jetzt aber stillschweigend zugelassene Forderungen dieser Art als – der Glasnost zuzuschreibende – Liberalisierungsmassnahmen gewertet.

Durch diese rigorose Unterscheidung versuchen wir auch, der laufenden Verwechslung von «Glasnost» und «Demokratisierung» zu begegnen.

Die verschiedenen Reformbereiche

Unsere SOI-Gruppe bearbeitet den Stoff nach einer vorgegebenen sektoralen Einteilung (zum Beispiel nach Machtstrukturen, Menschenrechten, Innen- und Aussenwirtschaft, Aussenpolitik), aber im Zeitbild erscheinen lediglich die jeweiligen und die jeweils bis dahin gesamthaften prozentualen Anteile an Fortschritten und Rückschritten, versehen mit einigen Angaben über die im betreffenden Monat notierten Schwergewichte in den verschiedenen Bereichen, seien es nun Fortschritte oder Rückschritte.

Gewichtung und Vollständigkeit

Unsere additive Methode gestattet keine Gewichtung der erkannten Veränderungen. Eine solche vorzunehmen wäre allzu problematisch und würde zudem ins Gebiet der kommentierenden Berichterstattung übergreifen.

Die registrierten Bewegungen erheben auch keinen Anspruch auf Vollständigkeit: Auswahl, Zeitpunkt der Berücksichtigung und

sektorale Überschneidungen können hier Probleme schaffen; ebenso Folgeerscheinungen einer Neuerung: Der Fortschrittmeldung über ein demokratisierendes Gesetz etwa müssten mehrere Rückschrittmeldungen folgen, wenn Bestimmungen daraus nicht eingehalten würden. Dies festzustellen ist nicht immer möglich. Ferner können sich in bestimmten Bereichen, zum Beispiel in Kultur und Wissenschaften, sehr wohl Ereignisse abspielen, die als Reformen zu werten wären; doch dringen sie des öfteren nicht an die Öffentlichkeit und finden somit in unsere Statistik nicht Eingang.

Tendenzen

Die Auflistung von positiven und negativen Neuerungen nach den Kriterien Rationali-

sierung, Liberalisierung und Demokratisierung erlaubt immerhin, den Nachweis periodischer Tendenzen zu erbringen, die sonst oft im Schatten von Schlaglichtern stehen und deshalb wenig bemerkt werden. Je länger die Beobachtungen geführt werden, desto besser zeigen sie, in welche Richtung die führungsabhängigen Reformen in der Sowjetunion weisen.

Angekommen bei der 380. Registrierung von Veränderungen in der Sowjetunion seit Beginn der Ära Gorbatschow, möchten wir nun, wie gesagt, unsere Leser über den Gang dieser Entwicklung periodisch unterrichten, dies jeweils in der Form von Zwischenergebnissen, wie wir sie auf der vorgehenden Seite heute erstmals veröffentlichen.

Harald de Courten und Christian Brügger

AUS DEM SOI

Communiqué

Der Anwalt von Peter Sager hat folgendes Communiqué der Presse zugestellt:

Die obergerichtliche Verurteilung zweier «mosquito»-Redaktoren wegen übler Nachrede zum Nachteil von Nationalrat Peter Sager, Bern, ist jetzt rechtskräftig geworden. Die beiden Journalisten haben die seinerzeit eingereichte Nichtigkeitsbeschwerde an das Bundesgericht zurückgezogen. Sie sind somit zur Zahlung einer Busse von je 1000 Franken, solidarisch zur Zahlung der Verfahrenskosten von 1110 Franken, einer Genugtuungssumme von 3000 Franken an Nationalrat Sager, der Anwaltskosten Sagers von 7000 Franken sowie zur Veröffentlichung des Urteils in der nächsten «mosquito»-Ausgabe verpflichtet.

Der Prozess wurde angestrengt, weil die beiden Journalisten Sager als CIAgenten im Nationalrat bezeichnet und der Komplizenschaft mit Mördern bezichtigt hatten. Das Obergericht hatte sowohl den Wahrheits- als auch den Gutgläubensbeweis der Angeschuldigten als misslungen beurteilt. Die Genugtuungssumme wurde so hoch angesetzt, weil

das Gericht den Angriff als besonders schwere Persönlichkeitsverletzung mit der Folge einer besonders starken seelischen Unbill betrachtet.

Die Wiederholung dieser üblen Nachrede am Zürcher Alternativradio LoRa war zuvor schon von der Unabhängigen Beschwerdeinstanz gerügt worden.

Trotzdem hat der Berner SP-Nationalrat Professor Richard Bäumlin als Reaktion auf das obergerichtliche Urteil in einer Sitzung der nationalrätlichen Kommission für auswärtige Angelegenheiten die Anschuldigungen gegen Nationalrat Sager schriftlich wiederholt, weshalb Sager zwecks Klageerhebung die Aufhebung der parlamentarischen Immunität von Nationalrat Bäumlin beantragte. Die Petitions- und Gewährleistungskommission hat allerdings gemäss der üblichen Gepflogenheit die Aufhebung der Immunität abgelehnt, weil die Äusserungen in einer Kommissionssitzung gemacht worden sind. Somit kann sich niemand gutgläubig auf die Behauptungen Bäumlins berufen.

**STEIGER
DRUCK AG
BERN**



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's